



Leseprobe aus Kuleša und Mühlhausen, Darum Europa, ISBN 978-3-7799-6075-1

© 2019 Beltz Juventa in der Verlagsgruppe Beltz, Weinheim Basel

[http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/gesamtprogramm.html?](http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/gesamtprogramm.html?isbn=978-3-7799-6075-1)

[isbn=978-3-7799-6075-1](http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/gesamtprogramm.html?isbn=978-3-7799-6075-1)

Peter Kuleša und Marius Mühlhausen

Darum Europa

Wie die Europäische Union sich finden kann

„Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.“

Artikel 2 EU-Vertrag

„Die meisten Menschen, die ich getroffen habe, sind an Europa sehr interessiert. Ob dabei nun ein hehrer europäischer Gedanke mitschwingt, der mit unseren viel beschworenen Werten und ähnlichen Dingen zu tun hat, das möchte ich eher bezweifeln.“

Karl-Markus Gauß in diesem Band

Mit Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl im Jahr 1950 sollte Frieden, Freiheit und Wohlstand auf dem europäischen Kontinent geschaffen werden. Und es besteht kein Zweifel: Der Friede wurde seitdem im westlichen Teil Europas garantiert, nicht zuletzt durch das Atlantische Bündnis. Auch ein Leben in Freiheit ist bis 1989 in Westeuropa und seither auch für ganz Europa Wahrheit geworden; genauso konnte der Wohlstand vermehrt werden. Die heutige Europäische Union (EU) war und ist also bis in die Gegenwart ein Sehnsuchtsort für all jene Menschen, die sich ein Leben in Frieden, Freiheit und Wohlstand wünschen. Dieser Zusammenhang schien irgendwie immer gegeben. Doch heute müssen wir uns fragen, für wen?

In den bedenklichen Wahlerfolgen rechter Populist*innen und Extremist*innen in beinahe allen Staaten der EU drückt sich nicht zuletzt immer auch ein Unbehagen gegenüber „denen da in Brüssel“ aus. Die anfänglich als anti-europäische Reflexe abgetanen Äußerungen werden mittlerweile systematisch von politisch rechter Seite bedient und finden Gehör. Jenseits dessen muss es jedoch tiefer liegende Gründe geben, warum die Menschen sich von der EU abwenden.

Im Würgegriff des Wettbewerbs

Drei Entwicklungen sind bedenkenswert: Zum *ersten* setzte spätestens ausgangs der 1970er Jahre ein Prozess der wirtschaftlichen Internationalisierung (später Globalisierung) ein, der nicht ohne Folgen für die westlichen Demokratien – und nach 1989 für die Staaten in Osteuropa – blieb. Kurz gesagt: Unternehmen und Kapital konnten immer ortsunabhängiger agieren, während die Handlungsfähigkeit der EU-Mitglieder in wichtigen Bereichen im Nationalstaat verhaftet blieb. Die EU und ihre Vorläuferorganisationen haben es seinerzeit versäumt, in zentralen Politikfeldern gemeinsam Politik zu machen und überstaatlich agierenden Unternehmen und Kapitalflüssen supranationale Einschränkungen sowie eine gemeinsame Steuer- und Sozialpolitik entgegenzustellen. Nur so hätte man von Beginn an Unsicherheiten abfedern können.

Doch das Gegenteil geschah. Unter dem Dogma des freien Wettbewerbs fand ein Wettlauf um die niedrigsten Steuersätze statt mit dem Ziel, Investoren anzulocken und Kapital zu binden. Eine Politik, die bis heute fortgeführt wird, wenn wir nach Irland, Luxemburg oder Malta schauen, und nicht ohne Folgen bleibt.

Zweitens war dieser Prozess grundiert von einer ökonomischen Ideologie, nach der ein sozial gedachtes Verständnis von Freiheit den Anforderungen einer vorrangig über den Markt regulierten Wirtschafts- und Lebenswelt nicht mehr gerecht werde. Diese Ideologie breitete sich unter politisch Verantwortlichen jeglicher Couleur über die Jahre aus. Am Ende wurde die Idee wohlfahrtstaatlicher Versorgung infrage gestellt und staatliche Steuerung einzig mit Blick auf Effizienz und Kostensenkung weiterentwickelt.

Die Lücke, die europäische Sozialdemokraten ließen

Diese Politik hatte ihren ersten Höhepunkt unter Margret Thatcher Mitte der 1980er Jahre in Großbritannien, wurde aber später auch unter Tony Blair und von Gerhard Schröder in Deutschland fortgeführt. Wesensgleich ist diesem Politikverständnis unter anderem, dass niedrige Steuern, geringe Staatskosten und flexible Arbeitsmärkte notwendig und nützlich sind, um als Staat überlebensfähig zu bleiben, die Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Wirtschaft zu verbessern und den Einzelnen in Arbeit zu bringen.

Über eine gemeinsame Steuer- und Sozialpolitik in der EU wurde über all die Jahre kaum nachgedacht. Beide, Steuer- wie Sozialpolitik, werden immer noch weitestgehend im Nationalstaat verortet und dort verhandelt. Dieter Grimm weist, und damit wären wir beim *dritten* Aspekt, in diesem Band aber noch auf einen weiteren Konstruktionsfehler der EU hin, der früh den marktfreundlichen Kurs bestimmt hat: zwei Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes

(EuGH) der 1960er Jahre. „Die Rechtsgrundlage der EU sind“, so Grimm, „völkerrechtliche Verträge, die die Mitgliedstaaten geschlossen haben. Der EuGH hat diese Verträge aber in zwei frühen Entscheidungen mit den Wirkungen von Verfassungen versehen. Sie gelten danach in den Mitgliedstaaten unmittelbar und mit Vorrang vor nationalem Recht, auch vor den nationalen Verfassungen. Der große Nutznießer sind die vier wirtschaftlichen Grundfreiheiten (freier Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Arbeitskräften, Kapital). Die Wirtschaftsakteure können sich darauf berufen, wenn sie sich vom nationalen Recht in ihren Aktivitäten behindert fühlen. Ist nationales Recht nicht mit den Verträgen vereinbar, darf es nicht mehr angewandt werden. Alles hängt dann davon ab, wie der EuGH die Verträge auslegt, und er hat das mit großem Eifer marktfreundlich getan. Auf diese Weise sind tiefe Breschen ins nationale Recht und die nationalen Einrichtungen der Daseinsvorsorge geschlagen worden, ohne dass die Staaten sich dagegen wehren konnten, denn die Rechtsprechung war ja quasi Verfassungsvollzug.“ (siehe Seite 26 in diesem Band)

Im Ergebnis wurde im Verlauf der letzten Jahrzehnte in der EU und ihren Mitgliedsstaaten vorrangig eine Politik für Wirtschaft und Kapital gemacht. Diese Wirtschaftspolitik war nach 1989 vor allem in den Ländern Osteuropas schnell der Fixpunkt und prägte den Gang dieser Staaten in den Kapitalismus. Die vermeintlichen Heilkräfte privatwirtschaftlicher Initiativen zum Ab- und Wiederaufbau maroder Wirtschaften wurden allenthalben postuliert. Über die Jahre erkannten die Menschen vor Ort – in Nord, Süd, Ost und West – jedoch, dass es auch viele soziale und ökonomische Verlierer*innen dieses vermeintlichen Modernisierungsprozesses gibt. Das Misstrauen in die politisch Verantwortlichen im Nationalstaat und der EU wuchs. Parallel dazu stieg der Wunsch nach sozialer Sicherheit angesichts ungewisser Zukunftsperspektiven. Es waren am Ende auch die europäischen Sozialdemokraten, die diesen Kurs mitbestimmten und eine Repräsentationslücke entstehen ließen, die heute vor allem von Parteien am rechten Rand des politischen Spektrums genutzt wird.

Flüchtlinge waren nicht der Auslöser

Es ist daher irrig anzunehmen, dass die Flüchtlings- und Migrationsbewegungen nach dem Jahr 2014 die alleinige Erklärung dafür bieten, dass nationalistische und extremere politische Kräfte auf dem Vormarsch sind. Vielmehr gab es bereits zuvor soziale und politische Erosionen in den Mitgliedsstaaten der EU, die unter anderem in eine harsche EU-Kritik übergingen. Die nur unzureichende demokratische Legitimation der politischen Institutionen innerhalb der EU trug ihren Anteil dazu bei.

Eines brachten diese – hier nur holzschnittartig dargestellten – Entwicklungen und Zerwürfnisse in der EU allerdings mit sich: Es wird wieder über Europa

gesprochen – oder genauer: über die Europäische Union. Und das ist gut. Denn aus deutscher Sicht waren die EU und ihre Vorläuferorganisationen lange Zeit unhinterfragte Institutionen, die moralisch aufgeladen wurden durch ihre positiven Zuschreibungen als Garanten für Frieden, Wirtschaftswachstum und Demokratie. Die langsame Anerkennung durch andere europäische Staaten war für die Bundesrepublik eine schrittweise Aufrichtung für eine zu Recht verunsicherte Nation, deren Gräueltaten zwischen 1933–1945 Anlass genug geboten hätte, sie auszugrenzen.

Die neue Überheblichkeit der Deutschen

Umso schwerer wiegt der Umstand, dass im Zuge der Schuldenkrise in Griechenland seit dem Jahr 2010 in Deutschland Diskussionen über die Verfasstheit der Europäischen Union mit großer Überheblichkeit geführt werden. Diese neue Überheblichkeit der Deutschen zeigte sich nicht nur in einer Kampagne der Bild-Zeitung, die fortan von „Pleite-Griechen“ sprach. Sie bildete sich ebenso in einer Regierungspolitik ab, die seinerzeit diesem Narrativ nicht widersprach. Bundeskanzlerin Angela Merkel, in Finanzfragen maßgeblich unterstützt von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, hatte es nicht geschafft, der aufkeimenden Stimmung etwas entgegenzusetzen. Vielmehr hatten sie und ihre Gefolgsleute dem Credo „keine deutschen Steuergelder für die faulen Griechen“ noch Auftrieb gegeben.

Die einmal genährte Skepsis gegenüber der EU scheint seit der Griechenlandkrise in Deutschland nicht zu verblassen, sondern das Ankommen von einer großen Anzahl an Flüchtlingen im Jahr 2015 und 2016 hat weiter dazu geführt, dass die EU kritisiert und sogar lang überwunden geglaubte Institutionen wie die Grenzsicherung innerhalb der EU wieder diskutiert werden. Es ist eine bittere Ironie und sprengt die Vorstellungskraft, am Beginn des 21. Jahrhunderts wieder über streng bewachte Grenzen zu diskutieren, glaubte man doch, dass die nach 1989 gewonnene Freiheit auf dem europäischen Kontinent ein hohes Gut sei.

Stück für Stück entfernten sich auch in Deutschland politisch Verantwortliche in ihren Forderungen von den Grundwerten der Europäischen Union. Innenpolitisch wird nun allenthalben versucht, den Druck der Rechten zu vermindern, indem man mit Blick auf die europäischen Außengrenzen mit einer noch härteren Gangart vorgeht. Damit verletzt man nicht nur humanitäre Grundsätze, sondern stößt auch Befürworter*innen einer menschenwürdigen Außengrenzsicherungspolitik innerhalb der EU vor den Kopf, die andere Erwartungen an die Gemeinschaft hegen als Abschottung.

Abschottung und Zukunftsvergessenheit

Während also die Europäische Union immer noch ein Sehnsuchtsort für Menschen aus Nicht-Mitgliedsländern ist, betreibt sie eine Außengrenzsicherung mit afrikanischen Machthabern, die alles andere als europäische Grundwerte vertreten. Wie kurzichtig und gefährlich die derzeitige EU-Afrika-Politik mit Blick auf die Migrationsbewegungen ist, verdeutlicht in diesem Band Christian Jakob. Durch Deals mit zwielichtigen Machthabern versucht man, sich der eigenen Verantwortung zu entledigen und stärkt damit – ohne die langfristigen Folgen zu beachten – Staatsführer und Strukturen, die Menschen überhaupt erst in die Flucht treiben.

Wer für einen anderen, einen klügeren Umgang mit Menschen plädiert, die nach Europa wollen, braucht noch nicht einmal humanitäre Argumente. Die Zukunftsvergessenheit dieser europäischen Politik zeigt sich allein im Verhältnis von Personen im erwerbsfähigen Alter zu Personen im Rentenalter. Während heute in der EU auf jede*n Rentner*in 2,3 Personen im erwerbsfähigen Alter kommen, werden das im Jahr 2080 noch 0,9 Personen sein.¹ Die EU wäre also gut beraten, jenen Menschen eine bessere Zukunft zu ermöglichen, die angezogen werden von dem Versprechen auf ein besseres Leben – auch zum Wohle des eigenen Kontinents.

Über die Europäische Union *zu sprechen* ist noch kein Garant dafür, dass sie sich weiter entwickeln wird und kann. Das liegt auch an der oftmaligen Verengung der Debatten. Häufig spielen sich diese nur zwischen zwei Polen ab: Auf der einen Seite stehen die, die in der Europäischen Union ein Bürokratiemonster sehen, das nicht nur genährt wird von deutschen Steuergeldern, sondern auch nationale Entscheidungsbefugnisse schmälert und unerwünschte Migration ermöglicht. Auf der anderen Seite finden wir pro-europäische Positionen, die unter anderem als Antwort auf die derzeitige Krise eine Vision von den Vereinigten Staaten von Europa zeichnen. Was viel zu selten sichtbar wird, ist nicht nur eine nüchterne Analyse des Ist-Zustand, sondern vor allem der Wille, ein tieferes Verständnis der Menschen in Europa und ihrer Lebensumstände zu ermöglichen. Dieser Wille war Motivation und Grundlage für die hier versammelten Gespräche.

Dabei ist das Ansinnen angesichts der Größe der Europäischen Union eines, das man nur in Ansätzen erreichen kann – eine Größe, die für den Einzelnen nicht greifbar und doch als Stärke, als Herausforderung und als Chance zu begreifen ist. Wer heute über die Europäische Union spricht, der redet über ein politisches Projekt, das (noch) 28 Mitgliedsstaaten umfasst und 511 Millionen Menschen eine Heimat ist. Es reicht von kleinen Nationalstaaten wie Malta mit

1 Schlüssel­daten über Europa (2018): Eurostat. S. 14

500.000 Einwohner*innen bis hin zu Staaten wie Deutschland, die über 80 Millionen Bürger*innen zählen. Und dennoch sollten diese Zahlen nicht darüber hinweg täuschen, dass die EU nur einen Anteil von 6,8 Prozent der Weltbevölkerung darstellt. Ein Umstand, der in der viel zu europäisch zentrierten Öffentlichkeit – und selbst diese ist ja meist national verankert und verhaftet – den Blick auf andere Kontinente versperrt. Eine Tatsache, die hier nicht weiter ausgeführt, doch erwähnt sein will: Selbst die EU ist im zukünftigen Spiel der großen Mächte nur ein Leichtgewicht.

Warum Europa? Darauf braucht es eine Antwort

Für das Fortkommen der Europäischen Union wird es mehr denn je darauf ankommen, den über 500 Millionen EU-Bürger*innen zu verdeutlichen, warum es eine derartige Gemeinschaft von Nationalstaaten braucht. Dass der Verweis auf die EU als Friedensprojekt bisweilen eher Langweile hervorrufen und wohl auch allein aufgrund der zeitlichen Entfernung von Krieg und Zerstörung auf unserem Kontinent an Bindekraft verliert, kann durchaus bedauert werden. Besser wäre es jedoch, darin eine Aufforderung zu sehen, die Notwendigkeit der EU neu darzulegen. Wir müssen schlicht in der Lage sein zu sagen: „Darum Europa.“

Um das leisten zu können, muss die EU eine sorgende, eine freundliche Organisation sein – nach innen wie nach außen. Eine EU, die es verpasst, ihren Bürger*innen ihre übergeordnete Funktion zu vermitteln, ihre eigenen Grundwerte nicht achtet und nur noch als Zweckbündnis fungiert, wird auf Dauer kein Bestand haben. Zweifellos können ein vor Kraft strotzendes China und die Abwendung der Vereinigten Staaten vom „alten Westen“ eine innere Bindekraft fördern, doch die äußere Bedrohung schafft Zusammenhalt nur auf Basis gemeinsam geteilter Angst und nicht von Verbundenheit. Dabei wird es weniger um blumige Formulierungen und wacklige Visionen gehen. Nein, es geht um die Grundlagen dessen, was die Europäische Union ausmachen muss: um Humanität, um Demokratie, um soziale Absicherung, um Frieden und um Verständigung. Nur wenn die EU diese Teile beachtet, sie zusammenfügt, schützt und fördert, kann sie sich finden und voranschreiten. Auf diesem Fundament muss die EU sehen, wie sie ihre Unabhängigkeit und das Selbstbestimmungsrecht behauptet – angesichts globaler Veränderungen, aber auch interner Widerstände.

Gefordert ist die offensive Wiederbelebung des Friedens-, Freiheits- und Wohlstandsversprechens. Alles drei sind große Aufgaben für die Zukunft. Es gab Krieg auf dem Balkan Mitte der 1990er Jahre; Russland ist 2014 auf der Krim und im Osten der Ukraine kriegerisch tätig geworden und bis heute in kriegerischer Auseinandersetzung. In manchen EU-Mitgliedsstaaten werden die

Rechte auf freie Meinungsäußerung oder Protest systematisch eingeschränkt. Die Jugendarbeitslosigkeit ist mit 16 Prozent doppelt so hoch wie die Gesamtarbeitslosigkeit und in einigen Regionen der EU erschreckend hoch. Noch immer sind 23,5 Prozent der EU-Bürger*innen von Armut und Ausgrenzung bedroht, 34 Prozent nicht in der Lage, unerwartete Ausgaben zu bewältigen und 31 Prozent können sich keinen einwöchigen Urlaub an einem anderen Ort leisten.² Banken wurden im Zuge der Finanzkrise 2008 mit enormen Summen gerettet. Nur Bruchteile dieser Summen könnten für einen Rettungsschirm zur Sicherung von Frieden, Freiheit und Wohlstand in die Hand genommen und eingesetzt werden. Was spricht dagegen?

Rückzug ins Nationale als Irrweg

All dies muss vor allem politisch gewollt sein. Es braucht wieder Regierungen, die das Thema Europa offensiv und selbstbewusst vertreten und mit einer handfesten Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik flankieren, die den einzelnen Menschen in den Mittelpunkt stellt. Es braucht eine Politik, die Sicherheit in unsicheren Zeiten bietet und das Versprechen auf bessere Lebensbedingungen für die nächste Generation aufrechterhält – auch und gerade mit Blick auf eine nachhaltige Klimapolitik.

Mit Blick auf Krieg und Zerstörung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurden über den Zusammenschluss mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl bis hin zur EU die richtigen Schlüsse gezogen. Ein Rückzug ins Nationale kann angesichts einer internationalisierten Welt nicht die Antwort sein. Im bestehenden Gefüge muss nach Lösungen gesucht werden. Die EU kann sich finden; darauf weisen die Interviewpartner*innen aus ihrem jeweiligen Blickwinkel hin. Es geht nicht alles von heute auf morgen. Aber den Menschen muss klar sein, was die EU für sie tut.

2 Schlüsseldaten über Europa (2018): Eurostat. S. 24 ff.